

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die

**59. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Freitag, dem 8. Februar 1963**

I. Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

- I. 1. Abgeordneter **Bauer (Würzburg)** Welches Ergebnis hat die laut der Nachrichten-Agentur „Italia“ vom 23. November 1962 dem italienischen Botschafter seitens der Bundesregierung gegebene Zusicherung in Richtung einer Untersuchung der Hintergründe eines Wahlinserats einer Regierungspartei in einer süddeutschen Zeitung gehabt, nachdem diese Anzeige offizielle Vorstellungen hervorgerufen hatte?
- I. 2. Abgeordneter **Bauer (Würzburg)** Haben die von Staatssekretär Professor Dr. Carstens in der Fragestunde der 16. Bundestags-Vollsitzung vom 22. Februar 1962 zugesicherten Bemühungen der Bundesregierung bei der Botschaft der USA zugunsten von Angehörigen der alliierten Streitkräfte bei Unfällen geschädigten Zivilpersonen im Rahmen des „Brandaris“-Komplexes zu einem Ergebnis in der Richtung geführt, daß dieser Personenkreis 1½ Jahre nach den Schadensvorgängen mit einer Regulierung seiner Forderungen rechnen kann?

II. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

- Abgeordneter **Dr. Bechert** Was hat die Bundesregierung getan, um die Zahl der tödlichen Gasvergiftungsfälle auf ein Mindestmaß zu verringern, etwa durch Förderung von Forschungsarbeiten zur Erzeugung von möglichst ungiftigem Leucht- und Heizgas?

III. Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

- Abgeordneter **Dr. Czaja** Billigt die Bundesregierung den Beschluß des Verwaltungsrates der Bundesanstalt für Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom Herbst 1962, daß, abweichend von der bisherigen Regelung der Förderung des Bauens im Winter nach § 143 AVAVG, Zuschüsse an Bauherren nur noch für den Rohbau, nicht aber für die Ausbauarbeiten gewährt werden, obwohl in der Regierungserklärung vom 9. Oktober 1962 die besondere Förderung des Winterbaus als wesentlicher Punkt des Stabilisierungsprogramms der Bundesregierung aufgeführt worden ist?

IV. Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

Abgeordneter
Felder Ist bei den Kradfahrern der Bundeswehr die Verwendung von Sturzhelm und Knieschutz zwingend vorgeschrieben oder steht dies im eigenen Ermessen der Fahrer?

V. Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

Abgeordneter
Neumann (Berlin) Ist der Herr Bundesverkehrsminister bereit, bei den zuständigen Behörden zu veranlassen, daß an der Kreuzung Koblenzer Straße—Friedrich-Ebert-Allee, Walter-Flex-Straße—Siebengebirgsstraße aus Gründen der Verbesserung der Verkehrssicherheit und des schnelleren Verkehrsflusses eine zusätzliche Ampel für die aus der Stadt kommenden und zum Bundeshaus abbiegenden Verkehrsteilnehmer angebracht wird?

VI. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung

Abgeordneter
Dr. Czaja Hält die Bundesregierung die Fortsetzung baulicher Innenarbeiten insbesondere im Wohnungsbau, wo die Ausbauarbeiten einen erheblichen Engpaß verursachen, auch in den Wintertagen unter Inanspruchnahme zusätzlicher Heiz- und anderer Kosten und entsprechender Subventionen wie bisher für eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit?

VII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheitswesen

VII. 1. Abgeordneter
Dr. Bechert Ist der Bundesregierung bekannt, daß jährlich etwa 3000 neugeborene Kinder sterben oder an schweren — auch geistigen — Schäden erkranken, weil die Blutgruppe und der Rhesus-Faktor bei der Mutter nicht bestimmt und keine Antikörper-Bestimmung vorgenommen wurde?

VII. 2. Abgeordneter
Dr. Bechert Ist der Bundesregierung bekannt, daß in der Umgebung von Bleistaub emittierenden Betrieben bei Kindern schwere Bleivergiftungsschäden aufgetreten sind, wie sie z. B. in der Zeitschrift „Medizinische Klinik“ 1962, Nr. 15 S. 604-608, beschrieben sind?

VII. 3. Abgeordneter
Junghans Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um eine Verunreinigung der Luft durch die Verwendung von zahlreich angebotenen Kleinpapierverbrennern zu verhindern?

VII. 4. Abgeordneter
Jacobi (Köln) Stimmen die Pressemeldungen, nach denen die Frau Bundesministerin Dr. Schwarzhaupt ein Gesetz für notwendig bezeichnet hat, in dem die Gasentgiftung vorgeschrieben wird?

Bonn, den 4. Februar 1963